



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

12.01.2023
HHA

Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Keine staatliche Förderung von Start-ups**

Einzelplan **07** **Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 05 Bezeichnung Allgemeine Bewilligungen Wirtschaft und Technologie

Produktnummer 009 Bezeichnung Förderung innovativer Unternehmensgründungen (Start- und Scale ups)

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	0	0	
14	Summe Aufwendungen	4.580.000	-4.580.000	

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	0	0	
14	Summe Aufwendungen	4.830.000	-4.830.000	
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Steichung der Verpflichtungsermächtigungen 2023 und 2024

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Die Förderung von Unternehmensgründungen ist ein originärer und – bei richtiger Ausgestaltung – unterstützenswerter Teil der Wirtschaftsförderung. Die Förderung von Projekten zur Förderung von Gründungen als Mittel zum Zweck jedoch nicht, da diese notwendigerweise in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Angeboten oder den Verbänden und Kammern treten, die – auch dank der finanziellen Landesförderung – den Start-ups zugänglich sind. Die als Ziel formulierte „Information, Beratung, Qualifizierung und Vernetzung“ kann sich nur auf generische Fragestellungen und beispielsweise den Umgang mit der überbordenden Bürokratie beziehen, aber niemals auf das Kerngeschäft selbst, denn sonst wäre es nicht innovativ. Das Land Hessen sollte daher alle Möglichkeiten zur Vereinfachung und Entbürokratisierung ausschöpfen, anstatt „Bürokratiebewältigungsbürokratie“ aufzubauen. Daher beantragt die Fraktion der AfD im Hessischen Landtag die Kürzung der Mittel.

Wiesbaden, 12. Januar 2023

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou